

## **Fehlendes Geld**

**S. 4**

Kreise finanzieren sich über die Kommunen. Denen fehlt es allerdings an Geld. Verständlich daher, dass eine geplante Neuregelung zur Festlegung der Kreisumlage zu kontroversen Debatten führt.

## **Mehr Förderung**

**S. 7-9**

Der Begriff Mittelstand deckt fast die gesamte deutsche Wirtschaft ab. Ob seiner Bedeutung für Beschäftigung und Steuereinnahmen ist seine Förderung ein wichtiges Thema auch für die Landespolitik.

## **Blauer Dunst**

**S. 12**

Dass man Nichtraucherinnen und Nichtraucher gut gegen Tabakqualm schützen sollte, ist weitgehend unstrittig. Wie dies allerdings konkret geschehen soll, beschäftigte den Landtag in einer Anhörung.

## **Kurze Wege**

**S. 14**

Ein gutes Schulangebot nahe der eigenen Wohnung: für Eltern eine zentrale Frage, besonders bei Kindern im Grundschulalter. Schulstandorte: angesichts des demografischen Wandels eine Herausforderung.



## **Schrittmacher Mittelstand**

### **Landtag berät neues Förderungsgesetz**

# Jobmaschine unter Druck

Bei ihm arbeiten rund 60 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland, er erwirtschaftet 38 Prozent aller Umsätze und bildet 83 Prozent aller Auszubildenden aus: Der Mittelstand ist angesichts dieser Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung also im wahrsten Sinne des Wortes das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Und auch für Nordrhein-Westfalen rechnet die Landesregierung rund 80 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie 83 Prozent der Auszubildenden zu den rund 750.000 kleinen und mittleren Unternehmen des Landes.

Dabei ist der Mittelstand schwer zu fassen: Er ist in allen Branchen zu finden und umfasst den selbstständigen Handwerker und Architekten ebenso wie eigentümergeführte Unternehmen mit mehreren hundert Beschäftigten. Nach gängiger Definition reicht die Spanne von Kleinunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beziehungsweise einem Umsatz von weniger als einer Million Euro bis hin zu Unternehmen mit 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von maximal 50 Millionen Euro.

Überträgt man eine althergebrachte Weisheit auf den gesamten Mittelstand, so hätte dieser goldenen Boden. Doch in Zeiten fortschreitender Globalisierung und großer Kapitalgesellschaften kommt auch der seit jeher grenzüberschreitend aufgestellte Mittelstand mehr und mehr unter Wettbewerbsdruck. Billige Importe aufgrund niedriger Rohstoffpreise und Ar-

beitskosten in fernen Ländern können dann eben nur durch Know-how und Produktivitätsfortschritt sowie eine gut ausgebildete wie auch hoch motivierte Belegschaft aufgefangen werden.

## EIN HANDWERK, EIN TÄGLICHER GÜLDEN?

Aber auch die Nachfolgefrage, der Generationenwechsel, stellt eigentümergeführte Unternehmen zunehmend vor Herausforderungen. Hinzu kommen konjunkturelle Schwankungen sowie Fragen, die sich aufgrund des gegenwärtigen Umbaus unserer Wirtschaft in Richtung Energieeinsparen und Nachhaltigkeit ergeben. Wie immer ist dies hinsichtlich neuer Märkte und Produkte, aber vor allem auch mit Blick auf Investitionsentscheidungen mit Chancen und Risiken verbunden.

Die Landesregierung hat nun einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die mittelständische Wirtschaft stärken und fördern soll. Ein konkreter Anlass für den Landtag, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Angesichts seiner Bedeutung wird der Schutz von Mittelstand und Handwerk die Volksvertretung als ständige Aufgabe weiter begleiten. Aber wie sagt ein anderes Sprichwort: Wer ein Schreiner werden will, muss auch harte Bretter bohren lernen.

CW



### Schwerpunkt: Mittelstandsförderung

<b>Herzstück Mittelstand</b> .....	<b>7</b>
<b>Schlag auf Schlag</b> .....	<b>8-9</b>

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

<b>Finanzen: Eine Frage der Steuer</b> .....	<b>3</b>
<b>Kommunales: Zum Benehmen verpflichtet</b> .....	<b>4</b>
<b>Regionales: Fordernde Vielfalt</b> .....	<b>5</b>
<b>Kinder: Streit über U3-Betreuung</b> .....	<b>6</b>
<b>Bildung I: Mehr Studierende = mehr Personal? ..</b>	<b>6</b>

### Aus den Ausschüssen:

<b>Bildung II: Von Zwergen und Verbündeten</b> .....	<b>11</b>
<b>Gesundheit: Das Rauchverbot und seine Grenzen</b> ....	<b>12</b>
<b>Verkehr: Im Takt des Fördergeldes</b> .....	<b>13</b>
<b>Meldungen</b> .....	<b>14</b>
<b>Umwelt: „Mutter Natur ist ein böses Weib“</b> .....	<b>15</b>
<b>Haushalt: „Worauf wartet die Politik noch?“</b> .....	<b>18</b>

<b>Gesetzgebung</b> .....	<b>10</b>
---------------------------	-----------

<b>Aus den Fraktionen</b> .....	<b>16-17</b>
---------------------------------	--------------

<b>Interview: Eckhard Uhlenberg (CDU)</b> .....	<b>19</b>
---	-----------

<b>Impressum</b> .....	<b>19</b>
------------------------	-----------

<b>Termine</b> .....	<b>20</b>
----------------------	-----------

# Eine Frage der Steuer

## Schweizer Steuerabkommen: SPD und GRÜNE fordern „Nein“ im Bundesrat

14. September 2012 – Die Debatte um das Steuerabkommen mit der Schweiz reißt nicht ab. Während der Bundestag den Pakt mit den Stimmen von CDU und FDP vorantreibt, begehren die rot-grün regierten Länder weiter auf – darunter auch Nordrhein-Westfalen. Der Bund verstoße mit dem Abkommen gegen die Steuergerechtigkeit, kritisierten SPD- und GRÜNEN-Fraktion nun erneut in einer Plenardebatte im Landtag. Ob das Abkommen also am Ende in Kraft tritt, bleibt noch offen. Dem müsste nämlich der aktuell rot-grün dominierte Bundesrat zustimmen.

„Wir müssen das vorliegende Steuerabkommen verhindern“, forderte **Stefan Zimkeit** (SPD). Der Pakt stelle Steuerflüchtige besser als ehrlich Steuerzahlende, lasse Betrüger in der Anonymität und erschwere die Arbeit deutscher Fahnder. Offenbar sei es CDU, FDP und auch den PIRATEN wichtiger, das schweizerische Steuergeheimnis zu schützen als deutsche Steuerflüchtige zu fassen. Zimkeit drängte daher darauf, ein neues, besseres Abkommen auszuarbeiten. Darüber hinaus verteidigte er die Steuer-CD-Käufe des NRW-Finanzministers Dr. Norbert Walter-Borjans: „Ich halte es für unerträglich, zu versuchen, den Finanzminister zu kriminalisieren und damit Kriminelle zu schützen.“

Nicht der Finanzminister, sondern CDU und FDP bewegten sich in einem „bedenklichen Graubereich“, unterstrich GRÜNEN-Sprecher **Mehrdad Mostofizadeh**. Zudem erinnerte er: NRW habe die erste Steuer-CD im Jahr 2008 noch unter Schwarz-Gelb gekauft. Das Prinzip „Einmal ist keinmal“ gelte da nicht. Den Vertrag mit der Schweiz bezeichnete Mostofizadeh als „Katastrophe“: Damit verspiele Deutschland auf alle Zeit die Chance, mit dem Nachbarland ein rechtsstaatlich einwandfreies Abkommen auf die Beine zu stellen. Der vorliegende Vertrag sei nicht nur steuerungerecht und eine

Bremse für die Fahnder: „Es ist nicht einmal ein gutes Geschäft, was da gemacht wird.“

„Der Steuerhinterzieher verhält sich nicht nur gesetzeswidrig, sondern auch unsolidarisch“, stellte **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) fest. Gleichzeitig wehrte er sich gegen allzu einfache Schwarzweiß-Malerei. Es gehe nicht an, dass jemand, der auf Schattierungen hinweise, gleich als Unterstützer von Steuerhinterziehern gelte. Dem Finanzminister warf Optendrenk vor, mit seinem Vorgehen Risiken „geradezu mit direktem Vorsatz“ einzugehen: Er verschärfe das Klima im Parlament, indem er Fraktionen als „Partei der Steuerhinterzieher“ bezeichne. Zudem spiele er sich im Ausland als „deutscher Neben-Finanzminister“ auf. Das sei vom Grundgesetz her nicht haltbar.

Besser dieses Abkommen als gar keins, so die Devise von FDP-Sprecher **Ralf Witzel**. Zwar räumte er in der Debatte ein: „Niemand bestreitet den Kompromisscharakter.“ Doch viele weitere rechtsunsichere Jahre seien keine Alternative. Kritik übte der Abgeordnete insbesondere in puncto Steuer-CD-Käufe: Der Zweck heilige nicht jedes Mittel. „Wir dürfen nicht Datendiebstahl gegen Steuerhinterziehung ausspielen“, betonte der FDP-Politiker. Als schwierig stufte Witzel zudem ein, dass Walter-Borjans

einerseits Rechtshilfe von der Schweiz bei Steuerdelikten verlange, dem Nachbarland aber andererseits Amtshilfe bei der Verfolgung von schweizerischen Datendieben verweigere.

Das Parlament sei sich einig, befand **Nico Kern** (PIRATEN): Steuerbetrug dürfe nicht toleriert werden. Darüber hinaus stehe seine Fraktion aber auch zum Rechtsstaat. „Sie dagegen, Herr Minister, haben den rechtsstaatlichen Weg verlassen“, spielte Kern auf die CD-Käufe der vergangenen Monate an. Hierfür fehle jegliche gesetzliche Grundlage. „Auch Unschuldige werden auf den Steuer-CDs erfasst“, kritisierte der Abgeordnete. Zudem glichen die Ankäufe einer „Steuerlotterie“. Notwendig seien schlichtweg mehr Steuerfahnder. Ähnlich wie SPD und GRÜNE bezeichnete Kern das Abkommen mit der Schweiz als „Farce für steuerehrliche Bürger“ – eine Neuauflage sei notwendig.

Der Pakt gelte Steuern rückwirkend pauschal, anonym und straffrei ab, erläuterte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Das sei zwar viel Geld: „Aber es werden viel mehr Milliarden sein, die in der Zukunft unerkannt entkommen können.“ Genau das sei die Absicht der Schweiz, weswegen diese aktuell auch kaum nachgeben werde. Walter-Borjans verteidigte daher die CD-Käufe, die Deutschland seit 2010 nicht nur drei Milliarden Euro eingebracht hätten, sondern auch den Druck aufs Nachbarland erhöhten. „Die Schweiz wird sich wieder an den Tisch setzen“, prophezeite er. Und wenn nicht? Dann sei dieser „nicht optimale Weg“ immer noch besser als das Abkommen. *bra*

### Ergebnis der Abstimmung

Den Antrag von SPD und GRÜNEN zum Stopp des Steuerabkommens (Drs. 16/814) hat der Landtag mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen sowie vier Stimmen der PIRATEN angenommen. Die Entschließungsanträge von CDU und FDP (Drs. 16/867) und der PIRATEN (Drs. 16/879) wurden abgelehnt.

## Wichtiger europäischer Eintrag

„Das Gästebuch des Landtags ist um einen gewichtigen, europäischen Eintrag reicher geworden“, freute sich Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** über den Besuch des Präsidenten des Europäischen Parlaments, **Martin Schulz**. Bevor er demnächst in Oslo den Friedensnobelpreis für die EU entgegennehmen wird, war Schulz nunmehr im Landtag NRW zu Gast, um gemeinsam mit der Landtagspräsidentin den 58. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland zu eröffnen. Der Ehrengast betonte, wie wichtig die Europäische Union zur Bewältigung globaler Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sei. Zur europäischen Vielfalt wolle der Landtag NRW einen Beitrag aus regionaler Perspektive leisten, erklärte in ihrer Begrüßung die Landtagspräsidentin. *Foto: Schälte*

# Zum Benehmen verpflichtet

## Kreise und Kommunen sollen sich bei Kreisumlage künftig direkt einigen

*15. Oktober 2012 – Die Aufgaben der Kreise werden über Umlagen finanziert, die die kreisangehörigen Kommunen an sie zahlen. Das Problem: Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Das stellten alle Fraktionen auch wieder in der Plenardebatte über eine Neuregelung der Kreisumlage fest. Während eine Dreierkoalition aus SPD, GRÜNEN und FDP ihren entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 16/46) verteidigten und am Ende gemeinsam beschlossen, sahen CDU und PIRATEN hierin keine Lösung für die klammen Kassen auf beiden Seiten.*

Das Gesetz wolle die Eigenverantwortung der Gemeinden und der Gemeindeverbände für ihre Haushaltswirtschaft stärken und die örtlichen Handlungsspielräume erweitern und dabei die jeweiligen Aufgaben einbeziehen – so SPD, GRÜNE und FDP in ihrem gemeinsamen Gesetzentwurf mit Blick auf ein Neues Kommunales Finanzmanagement der NRW-Gemeinden. Aufgrund örtlicher Erfahrungen habe sich herausgestellt, dass die gesetzlichen Bestimmungen über die Umlageerhebung durch die Kreise und sonstigen Umlageverbände verbessert werden müssten, insbesondere im Falle einer vorläufigen Haushaltsführung und der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts sowie einer eingetretenen Überschuldung. Erreicht werden soll dies dadurch, dass die haushaltsrechtlichen Regelungsinhalte „besser an die örtlichen Bedürfnisse angepasst und die Rechte der Aufsichtsbehörden gestärkt“ werden.

In der Plenardebatte verteidigten die Antragsteller ihren Entwurf: Es gehe um die Begleitung des Stärkungspaktgesetzes und auch um Entlastungen, betonte **Michael Hübner** für die SPD-Fraktion. Letztere habe man der Bundesregierung hinsichtlich deren Beschlüsse

zur Grundsicherung im Bundesrat „abpressen“ müssen, kritisierte Hübner und verwies auf einen weiteren Punkt: Um den kreisangehörigen und den kreisfreien Raum trotz aller Haushaltssanierungsbestrebungen auf Augenhöhe zu setzen, habe man in der Neuauflage des Gesetzentwurfs eine Benehmensregelung eingebaut.

Die Konsolidierungsanstrengungen, die die Landesregierung den Städten und Gemeinden abverlange, würde sie nicht wirksam unterstützen, entgegnete **Marie-Luise Fasse** (CDU). Die sogenannten Umlageverbände würden nicht wirksam in die Haushaltssicherung einbezogen, der Streit über die Umlagesätze könne das Verhältnis zwischen den Gebietskörperschaften dauerhaft belasten. Ihr Fazit: Die gesamte kommunale Familie – Städte, Gemeinden, Kreise, Landschaftsverbände – sei strukturell unterfinanziert.

In diesem letzten Punkt stimmte der GRÜNEN-Abgeordnete **Mario Krüger** seiner Vorrednerin zu. Doch man stelle sich mit dem Stärkungspakt und weiteren erheblichen Finanzmitteln genau dieser Situation. Bei der Kreisumlage gebe es deshalb Handlungsbedarf, da dabei „keine

Diskussion auf Augenhöhe“ stattfinde. Daher sehe der Entwurf nun die gesetzliche Auflage vor, dass ein Benehmen zwischen kreisangehörigen Städten und Landkreisen zu erfolgen habe. Das Problem der „Soziallasten“ sei auf Bundesebene zu lösen.

Viele Räte und Verwaltungen seien damit beschäftigt, Haushaltsführung mit spitzer Feder zu betreiben, so **Kai Abruszat** (FDP). Vor diesem Hintergrund müsse man dafür sorgen, dass die Entlastungen, die der Bund bei den Sozialgesetzbüchern und anderen Gesetzen beschlossen habe, auch bei Kommunen ankämen. Daher sei es notwendig, die Abstimmung zwischen Umlagezahlern und umlagefinanzierten Verbänden zu verbessern – und über den vorliegenden Gesetzentwurf die Rechte der Städte und Gemeinden zu stärken.

Der neue Verteilungsmechanismus trage zwar dazu bei, die hitzige Diskussion zu entschärfen, löse jedoch nicht die Probleme der zu finanzierenden Aufgaben, hielt **Robert Stein** (PIRATEN) dagegen. Dies ließe sich nicht durch einen „Schuldenumverteilungskampf“ beheben. Eine solche Prozedur würde vielmehr das Prinzip der Selbstverwaltung der Kommunen wie auch der Umlageverbände aushöhlen. Nur dort, wo die an sie übertragenen Aufgaben voll finanziert würden, entstünden keine Verteilungskämpfe mehr.

Auch **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) sah eine strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Kassen. Wesentlich dafür sei, dass der Bund Sozialaufgaben auf die Kommunen übertrage. Außerdem hätten sich zu Zeiten der schwarzen Landesregierung die Kassenkredite der Kommunen von 10 auf über 20 Milliarden Euro mehr als verdoppelt, da diese in die kommunalen Kassen gegriffen habe. Mit dem vorliegenden Gesetz wolle die Regierung dafür sorgen, dass Fairness zwischen den Gebietskörperschaften herrsche. c/w



## Gemeinsam gegen Politikverdrossenheit

Wie können ehemalige Abgeordnete mithelfen, gegen Politikverdrossenheit vorzugehen? Diese Frage erörterten die Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags NRW bei ihrer Jahreshauptversammlung mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke. Immerhin hätten die ehemaligen Volksvertreter die nötige Nähe wie auch die ausreichende Distanz zum Geschehen im Landesparlament und könnten zudem als Multiplikatoren wirken, meinte die Landtagspräsidentin. Bei den anschließenden Wahlen wurden Ulrich Schmidt (2.v.l.) als Vorsitzender sowie Hermann Kampmann (2.v.r.) und Edgar Moron als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Geschäftsführer bleibt Horst Sommerfeld (l.), Schatzmeister Heinz Hardt (r.). Weitere Informationen: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) Foto: Schälte



## Fordernde Vielfalt

### Besetzung des Vorstands der NRW-Stiftung Thema im Landtag

14. September 2012 – Das Führungsgremium der NRW-Stiftung sei ohne Vertreter aus Westfalen besetzt worden, kritisierte die CDU in einem Antrag auf eine Aktuelle Stunde des Landtags. In der Debatte wiederholte sie diesen Vorwurf. Dies wurde so von den anderen Fraktionen nicht geteilt. Wesentliche Aspekte der Aussprache: die Vielfalt von NRW, die Verantwortung für das gesamte Land und der Grundsatz der Gleichbehandlung.

Als „Skandal“ bezeichnet **Klaus Kaiser** (CDU) die neue Personalauswahl für den Vorstand der NRW-Stiftung. Nicht nur habe sich die „reine rot-grüne Farbenlehre“ durchgesetzt: Unter den fünf neu Berufenen gebe es auch keinen Westfalen. „Acht Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden da nicht mehr berücksichtigt“, so der CDU-Sprecher. Dies sei eine Arroganz gegenüber einem Landesteil, der erheblich zu Nordrhein-Westfalen und seinem Gelingen beitrage. Daher rege sich in Westfalen unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit Widerstand gegen diese Entscheidung.

NRW sei mehr als die Summe seiner Landesteile, entgegnete **Markus Töns** (SPD). Anscheinend sei dies an der CDU spurlos vorbeigegangen. Außerdem müsse man ansonsten auch an die

Siegerländer, Sauerländer oder Emsländer denken. Was die NRW-Stiftung betreffe, kämen von 31 Mitgliedern des Stiftungsrates 12 aus Westfalen. Zum Vergleich stünden umgekehrt bei der Stiftung Wohlfahrtspflege zwei Westfalen an der Spitze. Seine Fraktion, so Töns, habe hier vollstes Vertrauen, dass sie verantwortungsvoll und umsichtig ihre Aufgaben für die Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen wahrnehmen.

Der von der Landesregierung kreierte Personalvorschlag sei „unsensibel“, meinte dagegen **Kai Abruszat** (FDP). Es wäre ein Gebot der Klugheit zu erwägen, die satzungsmäßigen Regeln der NRW-Stiftung noch einmal zu diskutieren. So könne man in der Satzung eventuell vorschreiben, dass bei zukünftigen Benennungen des Stiftungsvorstands neben einer ausrei-

chenden fachlichen Kompetenz von Vorstandsmitgliedern auch an die regionale Ausgewogenheit gedacht werde. Damit könnte man „unangenehme Verwerfungen“ und solche Debatten von vorneherein vermeiden, meinte der FDP-Sprecher.

„Sie haben das einstimmig mit uns beschlossen“, wandte sich **Norwich Rübe** (GRÜNE) mit Blick auf den Stiftungsvorstand an die CDU. In der Sitzung des Stiftungsrates sei jede Kritik ausgeblieben. Überhaupt sei entscheidend, dass die Vorstandsmitglieder eine gute Mischung verschiedener Kompetenzen einbrächten. Wenn man sich die Mittelverteilung anschau, dann gebe es überhaupt kein Ungleichgewicht zwischen Rheinland und Westfalen. „Wir sitzen hier nicht als rheinländische und als westfälische Abgeordnete“, sondern als Abgeordnete des Landes Nordrhein-Westfalen, betonte Rübe.

Man könne das vielfältige NRW nicht in einem fünfköpfigen Vorstand abbilden, so **Oliver Bayer** (PIRATEN). „Mit einer Quotenregelung kommt man da nicht weiter.“ Außerdem mache die Vielfalt Nordrhein-Westfalens ja auch Spaß. Proporz sei vielleicht ein Kompromiss, aber nicht immer eine Lösung. Qualifikation sei wichtiger. Schließlich stelle sich noch die Frage, welches Westfalen in der Debatte denn gemeint sei: Ostwestfalen, die Soester Börde, das Münsterland oder der Hochsauerlandkreis? Für eine organisierte Spaltung des Landes sehe er jedenfalls kein Motiv, so Bayer.

Der Schutz von Natur-, Bau- und Bodendenkmälern sei ein hervorragender Stiftungszweck, verwies **Umweltminister Johannes Rimmel** (GRÜNE) auf die Satzung der NRW-Stiftung. Weiterhin sei die Rede von Bürgerinnen und Bürgern, nicht von Rheinländern, Westfalen, Lippern und Münsterländern. „Die Stiftung und die Satzung sind weiter als das kleine Karo, das heute in der Debatte eine Rolle spielt“, betonte der Vertreter der Landesregierung. Es komme nicht darauf an, „ob wir Rheinländer oder Westfalen sind“, so Rimmel, sondern „wie wir das Heimatgefühl stärken“.

Regionale Identitäten seien ein Teil dieses Landes, ergänzte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). Sie habe zwei zusätzliche Westfalen für den Stiftungsrat vorgeschlagen. Außerdem habe sie nichts dagegen, die regionale Ausgewogenheit bei einer Überarbeitung der Satzung zu berücksichtigen. cw

## Streit über U3-Betreuung

13. September 2012 – Auch in den nordrhein-westfälischen Kindertagesstätten (Kitas) gibt es nicht ausreichend Plätze für unter Dreijährige. Im Plenum haben die Abgeordneten nun auf Antrag der CDU (Drs. 16/820) über Ursachen gestritten und nach Möglichkeiten gesucht, den Rechtsanspruch der Eltern ab 2013 einhalten zu können.

Die Situation in den Kitas sei „miserabel“, beklagte **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Verantwortlich sei Rot-Grün, da die Regierung bis heute den tatsächlichen Bedarf „sträflich“ unterschätze. Sie verschlechtere massiv die Qualität der Kitas, verringere die Betreuungsflächen und stelle weniger Personal ein. Das Kindeswohl spiele dabei offensichtlich keine Rolle.

Die Landesregierung sei doch von allen Akteuren gelobt worden, verwies **Wolfgang Jörg** (SPD) auf den Krippengipfel. Bei diesem hätten Eltern, Gewerkschaften, Verbände, Träger und

Kommunen bestätigt, dass NRW auf dem richtigen Weg sei. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin habe die aktuelle Landesregierung seit 2010 rund 440 Millionen Euro in den U3-Ausbau investiert.

Die CDU-geführte Landesregierung habe zwischen 2005 und 2010 in den Kitas die Standards heruntergefahren, kritisierte **Andrea Asch** (GRÜNE). Auch mit dem Kinderbildungsgesetz (Kibiz) habe sie den Erzieherinnen und Erziehern keine Motivation gegeben, in einer Kita zu arbeiten. Rot-Grün hingegen habe für den U3-Ausbau 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Es sei schon dreist, der Vorvorgängerregierung alle Schuld zuzuweisen, meinte **Marcel Hafke** (FDP). Tatsächlich sehe es in den Kom-

munen schlecht bis katastrophal aus, auch weil diesen die 150 Millionen Euro fehlten, die das beitragsfreie Kindergartenjahr koste. Notwendig seien jetzt die Gewinnung neuer Fachkräfte und die Förderung privat-gewerblicher Träger.

Die Suche nach Schuldigen helfe keinem Kind, bewertete **Olaf Wegner** (PIRATEN) die Debatte. Die U3-Betreuung betreffe den wichtigsten Bildungsabschnitt der Kinder. Um einen Qualitätsstandard garantieren zu können, müsse die Regierung detaillierte Regelungen zu Gruppengröße, Betreuungsschlüssel und Quadratmeterzahl pro Kind so schnell wie möglich verbindlich machen.

„An der Qualität darf es keine einzige Einbuße geben“, forderte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Dies sei beim Krippengipfel breiter Konsens gewesen. Die Landesregierung stehe zum Rechtsanspruch, betonte Schäfer. Eine Vergrößerung der Gruppen bedeute für sie: mehr Kinder, mehr Personal und mehr Raummöglichkeiten – die Qualität bleibe erhalten. cw

## Mehr Studierende = mehr Personal?

13. September 2012 – Im kommenden Jahr steht ein doppelter Abiturjahrgang vor der Tür. Dies bedeutet auch eine deutlich höhere Zahl an Bafög-Anträgen. Die Studentenwerke müssten diesen Ansturm bewerkstelligen können, darin waren sich die Fraktionen einig. Alles andere blieb strittig.

Man wolle die Studentenwerke handlungsfähig halten, damit die verstärkten Bafög-Anträge rasch bearbeitet werden könnten, so **Karl Schultheis** (SPD) im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang. Die Anträge von CDU und FDP wies er mit dem Hinweis zurück, Rot-Grün habe die unter Schwarz-Gelb gekürzten Mittel wieder aufgestockt.

Im Endspurt vor dem doppelten Abiturjahrgang müssten alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Aufnahme eines Studiums so leicht wie möglich zu machen, betonte **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE). Es sei strukturschonende Politik, dass die CDU die hierzu benötigten Mittel aus der Frauenförderung abziehen wolle.

Die Initiative der rot-grünen Fraktionen bringe wenig und komme zu spät, kommentierte dagegen **Dr. Stefan Berger** (CDU). Monitoring allein sei

zu wenig. Die CDU wolle dagegen 50 zusätzliche Stellen für ein schnelleres Bafög-Verfahren schaffen, finanziert durch eine zeitweise Kürzung der Genderforschung, nicht der Frauenförderung.

Es gebe Probleme bei der Bafög-Bearbeitung, aber auch bei Personalausstattung, Beratung und Raumkapazitäten, so **Marcel Hafke** (FDP). Der rot-grüne Antrag verrate nicht, wie die Probleme gelöst werden sollen. Es genüge nicht, allein nach mehr Geld aus Berlin zu rufen. Die FDP habe dagegen das große Ganze in den Blick genommen.

Alle bisherigen Landesregierungen hätten es versäumt, sich frühzeitig mit den langfristigen Folgen ihrer Schulpolitik zu beschäftigen, führte **Oliver Bayer** (PIRATEN) aus. Neben dem kurzfristigen Problem mangelhafter Personaldecke gebe es beim Bafög das grundlegendere Problem der Verteilungsgerechtigkeit und der Bürokratie.



Fotos: Schälte

CDU und FDP hätten sich die Spaltung in ihr Programmheft geschrieben, so **Wissenschaftsministerin Svenja Schulze** (SPD). Jetzt sollten Bafög-Empfängerinnen offenbar gegen die Geschlechterforschung ausgespielt werden. SPD und GRÜNE wollten es dagegen den Studentenwerken ermöglichen, dem doppelten Abiturjahrgang gerecht zu werden. cw

### Ergebnis der Abstimmung

Der Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs.16/813) wurde angenommen. Die Anträge von CDU (Drs.16/887), FDP (Drs.16/904) und PIRATEN (Drs.16/872) wurden abgelehnt.

# Herzstück Mittelstand

## Anhörung: Fachleute loben geplante Clearingstelle im Gesetzentwurf

Foto: Schälte

25. Oktober 2010 – Der Mittelstand gilt vielen als Herz der deutschen Wirtschaft. Im zuständigen Fachausschuss des Landtags haben nun zahlreiche Experten den Entwurf für ein Mittelstandsförderungsgesetz diskutiert. Dabei im Fokus der Regierungsvorschlag, zukünftig eine „Clearingstelle Mittelstand“ einzurichten. Abgesehen davon sei der rot-grüne Entwurf allerdings wenig konkret und liefere kaum Neues.

„Beim neuen Entwurf ist die Clearingstelle ein ganz wichtiges Moment“, betonte Thomas Grigutsch von den Wirtschaftsjuvenioren. Dies unterscheidet die vorliegende Version von früheren Anläufen. Dem rot-grünen Gesetzentwurf zufolge soll die Clearingstelle bei mittelstandsrelevanten Gesetzgebungs- und Verordnungsvorhaben seitens der Regierung angehört werden.

### KOMPETENZEN DER CLEARINGSTELLE

Vielen Sachverständigen geht dies jedoch nicht weit genug: Die Clearingstelle müsse auch das Recht haben, auf Eigeninitiative hin Gesetze zu prüfen. Nicht ein Ressort in einem Ministerium dürfe entscheiden, was mittelstandfeindlich sei und was nicht, betonte Grigutsch. Auch der Blick auf bereits bestehende Gesetze sei wünschenswert, meinte Johannes Pöttering von den Unternehmern NRW, warnte aber: „Die Clearingstelle darf sich am Anfang auch nicht überheben.“ Die aktuell laufenden Gesetzgebungsverfahren lieferten ein ausreichend großes Übungsfeld.

„Wenn, dann richtig“, plädierte hingegen Grigutsch dafür, sich auch verabschiedete Gesetze vorzunehmen. Zudem mahnte Dr. Ralf Mittelstädt von der IHK: „Wir dürfen uns hier nicht auf eine reine Absichtserklärung verständigen.“ Die Ergebnisse der Clearingstelle müssten später auch tatsächlich in den parlamentarischen Beratungsprozess einfließen. Rechtlich garantieren könne dies allerdings niemand, betonte Dr. Klaus-Heiner Röhl vom Institut der deutschen

Wirtschaft: „Das Parlament muss letztlich entscheiden, was es will.“ Stattdessen schlug er vor, dass auch der Landtag selbst das Recht erhalten könnte, die Clearingstelle anzurufen.

### FUNKTION UND AUFBAU DES GREMIUMS

Was deren Aufbau betrifft, sprach sich das Gros der Fachleute für ein schlankes Gremium aus. „Eine neue Behörde will man da ja wahrscheinlich nicht“, unterstrich Röhl. Auch Thomas Kolbe vom Bundesverband Mittelständische Wirtschaft warnte vor einer „Überbürokratisierung“. Dies sei mitunter ein Spagat, so Mittelstädt: Insgesamt müsse man schauen, wie der Wunsch nach wenig Aufwand mit dem Anspruch, thematisch möglichst viel abzudecken, unter einen Hut zu kriegen sei.

Barbara Leutner von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände machte den Vorschlag, die Clearingstelle solle nur arbeiten, wenn ein konkretes Problem auftauche. So fielen die Kosten möglichst gering aus. Waldemar Bahr vom DGB wies zudem darauf hin, dass noch einmal genau geschaut werden müsse, wie sich das Gremium personell zusammensetze. Seiner Auffassung nach sollten Mitglieder die betroffenen Mittelständler und nicht etwa Verbandsvertreter sein.

„Nach unserem Verständnis hat die Clearingstelle eine Koordinierungsfunktion“, beschrieb Pöttering. Die eigentliche Prüfearbeit liege dann bei den Verbänden und sonstigen Mittelstandsvertretern. Dieser Einschätzung stimmten ebenso Mittelstädt wie auch

Andreas Oehme vom Westdeutschen Handwerkskammertag zu: „Die Clearingstelle entwickelt keine eigene Position.“ Sie begleite nach ihrer Vorstellung lediglich den Prozess.

„Schade, dass das Mittelstandsförderungsgesetz noch nicht in Kraft ist“, bedauerte Britta Brisch von der IHK. Dann hätte die Clearingstelle schon bei aktuellen mittelstandsrelevanten Vorhaben wie dem Klimaschutz- oder auch dem Nichtraucherschutzgesetz tätig werden können. Röhl regte darüber hinaus an, eine Evaluation bestehender Mittelstands-Förderprogramme ins Gesetz aufzunehmen. Zudem sprach er sich angesichts des von einigen Fachleuten attestierten „Fördermittel-Dschungels“ für eine zentrale Internet-Plattform aus, auf der sich die Unternehmen über Förderprojekte informieren könnten.

### KRITIKPUNKT: WENIG KONKRETES

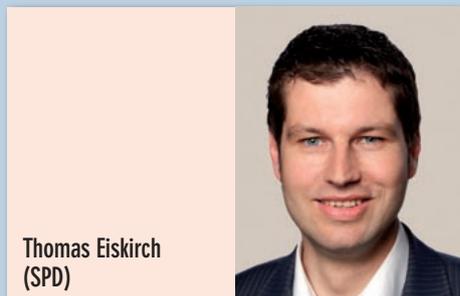
Grundlegende Kritik am Gesetzentwurf kam vom Bauindustrieverband: „Mittelstandsförderung ist generell zu begrüßen, aber es sollte etwas konkreter aussehen“, forderte Harald Kern. Darüber hinaus liefere der Regierungsvorschlag jenseits von Clearingstelle und angelegtem Mittelstandsbeirat auch nicht viel Neues. Der Großteil der darin genannten Ziele und Forderungen finde auch ohne das Gesetz statt. „Je konkreter, desto besser“, betonte auch Pöttering. Allerdings positioniere sich die Landesregierung in dem Gesetzestext zur Clearingstelle seiner Ansicht nach so, dass sie nach Inkrafttreten nicht darum herum komme, dies auch umzusetzen.

bra

**„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.**

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



***Für mittelständische Unternehmen bedeutet der vorliegende Gesetzentwurf ...***

... eine Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen, weil sie zukünftig frühzeitiger als in jedem anderen Bundesland bei geplanten Gesetzen und Verordnungen mitwirken können. Dass die Dialogorientierung damit Gesetz wird, dokumentiert die Wertschätzung der Landesregierung für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land.

... keine nennenswerte Verbesserung zur jetzigen Rechtslage. Das Mittelstandsgesetz wird die gravierenden Belastungen für den Mittelstand etwa durch das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Klimaschutzgesetz, das Nichtraucherschutzgesetz und die Erhebung des Wasserentnahmentgelts nicht ausgleichen können.

***Die Interessen von Kleinunternehmen, Handwerksbetrieben und freien Berufen ...***

... werden zukünftig mithilfe der Clearingstelle stärker gebündelt und koordiniert. Das verbessert die Möglichkeiten für Freiberufler, Kleinunternehmen und das Handwerk, sich mit ihren berechtigten Anliegen in der Politik Gehör zu verschaffen.

... müssen wieder stärker in den Fokus der Landesregierung gerückt werden. Den Sonntagsreden von Minister Duin muss endlich konkrete Politik für Kleinunternehmer, Handwerker und Freiberufler folgen.

***Mittelstandfreundliche Verwaltungsstrukturen sind aus meiner Sicht ...***

... solche, die den Interessen der Wirtschaft wie den Anforderungen des Verbraucher- und des Umweltschutzes Rechnung tragen. Die verschiedenen Behörden arbeiten in den Verfahren zügig, effizient und ergebnisorientiert zusammen. Sie nutzen dafür alle Möglichkeiten elektronischer Unterstützung. Es ist also noch einiges zu tun.

... die Voraussetzung für einen prosperierenden Mittelstand, der Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Leider scheinen sie unter der grün-roten Landesregierung ein Traum zu bleiben.

***Betriebliche Interessenvertretungen ...***

... werden für den nachhaltigen unternehmerischen Erfolg immer wichtiger. Die positiven Auswirkungen der sozialen Partnerschaft und der Mitbestimmung auf das Betriebsklima, die innerbetriebliche Weiterbildung und betriebliche Reorganisationsmaßnahmen sind vielfach empirisch belegt.

... sind ein Kernelement der sozialen Marktwirtschaft, gehören aber in das Betriebsverfassungsgesetz und nicht in ein Mittelstandsfördergesetz.

***Mittelstandsförderung sowie Sozial-, Gesundheits- und Umweltschutz ...***

... sind keine Gegensätze, sondern können sich mithilfe der dialogorientierten Wirtschaftspolitik gegenseitig stärken.

... sind in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen. Mittelstandsförderung darf nicht an utopischen und realitätsfernen Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards scheitern.

## Diesmal zum Thema Mittelstandsförderung

Daniela  
Schneckenburger  
(GRÜNE)



... dass sie zukünftig bei der Prüfung von Gesetzen, die mittelstandsrelevant sind, besonders berücksichtigt werden. Der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft trägt maßgeblich zu Stabilität und Wachstum bei und bedarf so der besonderen Unterstützung durch die Politik. Das nehmen wir mit diesem Gesetz ernst.

... werden durch die Mittelstandsverträglichkeitsprüfung in angemessener Weise in den Beratungsprozess von Vorhaben der Landesregierung einbezogen und berücksichtigt. Dies geschieht im Zusammenwirken mit den Verbänden der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

... ein zentrales Anliegen der Mittelstandspolitik des Landes. Transparenz, Bürokratieabbau und eine zügige Abwicklung von Verwaltungsverfahren gehören dabei zu den Kernaufgaben. Hier kommt auch dem Einsatz elektronischer Verwaltungsverfahren eine wichtige Bedeutung zu.

... sind ein wichtiger Bestandteil der innerbetrieblichen Zusammenarbeit. Ihre Mitwirkung ist für uns ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von mittelständischen Unternehmen. Auf die Verbesserung dieser Zusammenarbeit mit den Unternehmen hinzuwirken, ist auch ein Ziel des Gesetzes.

... sind keine Gegensätze. Unternehmen sind dann erfolgreich, wenn sie ihre Beschäftigten wertschätzen und die Verantwortung ihnen gegenüber wahrnehmen. Umweltschutz ist keine ordnungspolitische Hürde, sondern sollte als Herausforderung für Innovation und zur Erschließung neuer Märkte begriffen werden.

Ralph Bombis (FDP)



... zunächst nicht viel. Der Gesetzentwurf beschreibt sinnvolle Ziele wie Bürokratieabbau, die Erhöhung des mittelständischen Innovationspotenzials sowie die Pflege der Kultur der Selbstständigkeit. Im Konkreten bietet das Gesetz aber keine handfesten Verbesserungen für den Mittelstand – das ist enttäuschend.

... werden durch Rot-Grün in NRW in vielen anderen Bereichen schlecht vertreten. Beispiel Gemeindefinanzierung – in den Kommunen dürfen städtische bzw. staatliche Unternehmen dem Mittelstand wieder die Aufträge wegnehmen. Eine konsequent mittelstandsfreundliche Politik würde das nicht zulassen.

... sehr wichtig. Hier sind vor allem die Kommunen gefordert, die den Unternehmen zentrale Ansprechpartner benennen sollten, wenn es zum Beispiel um Betriebserweiterungen oder Genehmigungen geht, aber auch um die Vermeidung von unnötigen bürokratischen Belastungen.

... sind wichtiger partizipatorischer Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Bei kleinen und mittelständischen Betrieben findet Mitwirkung weniger formalisiert statt als bei tarifgebundenen Unternehmen. Mittelständler sind oft Familienbetriebe, wo Unternehmer und Mitarbeiter partnerschaftlich zusammenarbeiten.

... sind für die mittelständischen Unternehmen in der Praxis selbstverständlich. Die Wirtschaft darf aber durch gesetzliche Vorgaben zum Beispiel durch das Klimaschutzgesetz nicht überfrachtet werden. So werden Entwicklungschancen und Arbeitsplätze gefährdet, ohne tatsächliche Verbesserungen zu erreichen.

Daniel Schwerd  
(PIRATEN)



... noch wenig greifbare Verbesserungen, aber die richtige Absicht. Dass der Clearingprozess transparent und neutral stattfinden soll, ist zu begrüßen. Es ist sicherzustellen, dass alle interessierten Kreise daran offen teilnehmen können und Ergebnisse transparent sind.

... dürfen denen von großen Unternehmen nicht untergeordnet werden. Kleine Unternehmer stellen das Rückgrat und die Basis unserer Wirtschaft dar, speziell sie müssen geschützt und gefördert werden.

... schnell, kostengünstig, effektiv, unbürokratisch. Und das betrifft auch besonders die Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft selbst.

... sollen den Bestand des Unternehmens selbst im Blick haben. Entscheidungen, die es langfristig sichern, sind zu bevorzugen. Der kurzfristige Gewinn ist dem langfristigen Erfolg und dem Wohlergehen der Menschen unterzuordnen.

... gehen Hand in Hand. Nachhaltigkeit als primäres Ziel wirtschaftlichen Handelns bedingt die Berücksichtigung sozialer Belange, der Gesundheit der Menschen und des Umweltschutzes, denn nur so wird der Mittelstand langfristig gesichert. Und sie bietet neue Chancen.

# Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte	Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1264	Landeswassergesetz, SPD, GRÜNE	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 8.11.2012	16/300	Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 7./8.11.2012 3. Lesung 28.-30.11.2012
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Vorschlag: Arbeitsausschuss	1. Lesung 8.11.2012	16/179	Ablieferung von Pflichtexemplaren in Nordrhein-Westfalen, LR	Ausschuss für Kultur und Medien	Anhörung 22.11.2012
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR	Vorschlag: Arbeitsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	In Beratung
16/1186	Hochschulgesetz und Kunsthochschulgesetz, LR	Vorschlag: Wissenschaftsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/176	Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 7./8.11.2012
16/1185	Gesetz über Rentengüter, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/175	Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“, LR	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung	2. Lesung 7.11.2012
16/1184	Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/128	Kostenausgleich für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe, LR	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	2. Lesung 7.11.2012
16/1183	Polizeigesetz, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/127	Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Beratung läuft
16/1182	Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/126	Förderung des Mittelstandes, LR	Wirtschaftsausschuss	abschließende Beratung 5.12.2012
16/1167	Feuerwehrschutz und die Hilfeleistung (FSHG), CDU	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 8.11.2012	16/125	Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern, LR	Sozialausschuss	Beratung bis Ende November
16/1049	Rettungsgesetz, LR	Vorschlag: Arbeitsausschuss	1. Lesung 7.11.2012	16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung Frühjahr 2013
16/815	Sicherung des Grundschulangebots, LR	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 7.11.2012	16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung
16/749	Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, LR	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	abschließende Beratung 22.11.2012	16/58	Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Landesstellungsgesetz, LR	Innenausschuss	2. Lesung 7.11.2012
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	Anhörung ggf. 22.1.2013	16/57	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, LR	Bauausschuss	2. Lesung 28.-30.11.2012
16/747	Gesetzliche Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Ausschussberatung 22.11.2012	16/45	Landeswassergesetz, CDU, FDP	Umweltausschuss	In Beratung
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	Anhörung 21.11.2012	16/17	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen, LR	Hauptausschuss	2. Lesung 7.11.2012
16/743	Gesetzes über die NRW. BANK, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Abstimmung im Ausschuss 22.11.2012				
16/302	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 7./8.11.2012 3. Lesung 28.-30.11.2012				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 12./13.9. bzw. 23.10.2012 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/178	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 23.10.2012	angenommen
16/48	Stärkung des kommunalen Ehrenamtes und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften	SPD, GRÜNE, FDP	1. Lesung 21.6.2012 2. Lesung 13.9.2012	angenommen
16/47	Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände	SPD, GRÜNE, FDP	1. Lesung 21.6.2012 2. Lesung 13.9.2012	angenommen
16/46	Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen	SPD, GRÜNE, FDP	1. Lesung 21.6.2012 2. Lesung 13.9.2012	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Der Gesetzentwurf sei ein „erster Schritt in die richtige Richtung“, sagte Hans-Gerd Scheidle vom Verband Bildung und Erziehung. Auch die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) begrüßte den Gesetzentwurf grundsätzlich. Demnach sollen Grundschulen in Zukunft auch mit nur einer Klasse pro Jahrgang als Zwergschulen bestehen bleiben dürfen. Hat eine von ihnen allerdings weniger als 92 Schülerinnen und Schülern, kann sie lediglich als Teilstandort im Verbund weiterexistieren. Einzige Ausnahme: Es handelt sich um die letzte verbliebene Grundschule in einer Kommune. Dann kann sie eigenständig bleiben, solange sie eine Schülerzahl von mindestens 46 hat.

#### JAHRGANGSÜBERGREIFENDES LERNEN

Nach dem Willen von Rot-Grün sollen Grundschulen auf Beschluss ihrer Schulkonferenz weiterhin in Eigenregie jahrgangsübergreifend unterrichten dürfen. Dies gilt auch für die einzelnen Standorte einer Verbundschule. Mitunter gibt es damit innerhalb eines Verbunds Standorte mit getrennten wie auch solche mit jahrgangsübergreifenden Klassen. Das Nebeneinander erlaubt der Gesetzentwurf allerdings nur für eine Übergangsfrist von fünf Jahren, dann muss eine einheitliche Organisation her.

Dagegen wehrte sich das Gros der Fachleute in der Anhörung: Allein die Schulkonferenz dürfe über das jahrgangsübergreifende Lernen entscheiden. „Wir halten die Verschmelzung von Teilstandorten nach fünf Jahren für nicht sinnvoll“, kritisierte unter anderem Margret Rössler von der Schulleitungsvereinigung. Funktionierende Systeme nach fünf Jahren wieder zu zerschlagen, sei nicht plausibel, unterstrich Eberhard Kwiatkowski von der Landeselternkonferenz ähnlich wie Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund. Zudem gerate dabei der kleinere der beiden Verbundstandorte in Existenznot, prognostizierte Thomas Minor von der Landeselternschaft Grundschulen.

Die Landeschülervertreterin Katharina Niebergall betonte darüber hinaus: „Wir begrüßen das jahrgangsübergreifende Lernen sehr.“ Allerdings dürfe dies nicht aus Spardruck passieren, sondern auf Basis eines pädagogischen Konzepts. Der Impuls für ein solches Lernen müsse aus der Schulkonferenz kommen, meinte auch Ralf Leisner von der Landeselternschaft der Gymnasien. Grundlegende Kritik kam derweil von Regine Schwarzhoff (Elternverein): „Es gibt keine erwiesenen pädagogischen Gründe für dieses Reformvorhaben.“



Foto: Schälte

## Von Zwergen und Verbündeten

### Fachleute diskutieren Gesetzentwurf rund um Grund- und Gesamtschulen

*31. Oktober 2012 – Kurze Beine, kurze Wege: So das Motto des neuen Schulgesetzentwurfs der Landesregierung. Im Fokus dabei die möglichst wohnortnahen Grundschulen samt Teilstandorten, jahrgangsübergreifendem Lernen und kleineren Klassen. Das Für und Wider rund um den Gesetzentwurf haben zahlreiche Fachleute im Schulausschuss diskutiert.*

#### KLASSENGRÖSSE

Ein weiterer zentraler Punkt des Regierungsvorhabens: kleinere Klassen. In Grundschulen soll deren Größe bis zum Jahr 2015 schrittweise von 24 auf 22,5 Kinder absinken. Dies sei bei weitem nicht ausreichend, kritisierte Scheidle. Insbesondere angesichts der großen Herausforderung Inklusion. Ähnlich sah dies Ilona Dubalski-Westhof vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen. Sie schlug für inklusive Grundschulklassen eine Größe von 15 bis maximal 18 Kindern vor: „Damit da auch pädagogisch sinnvoll gearbeitet werden kann.“

#### INKLUSION

Apropos Inklusion: Hier habe die Landesregierung das Tempo noch einmal erhöht, analysierte Brigitte Balbach vom Lehrer-Verband. Dabei kritisierte sie: Es gebe kein richtiges Konzept. Laut Gesetzentwurf soll das Schulministerium grünes Licht dafür bekommen, zwischen den

Jahren 2013 und 2018 Lehrerinnen und Lehrer berufsbegleitend für den inklusiven Unterricht auszubilden. „Wir halten das für sehr, sehr wichtig“, betonte Dr. Willibert Strunz von der Landesarbeitsgemeinschaft „Selbsthilfe Behinderter“. Allerdings kritisierte er die Wortwahl im Gesetzentwurf: „Man tut so, als wolle man inklusiven Unterricht, spricht aber von sonderpädagogischer Förderung.“ Landesschülervertreterin Niebergall stellte zudem den fixen Endpunkt der Fortbildungsphase infrage und forderte: Auch nach dem Jahr 2018 sollte die Ausbildung weitergehen.

#### GESAMTSCHULEN

Neben den Grundschulen sieht der Gesetzentwurf auch für Gesamtschulen Teilstandorte vor. „Es gibt eigentlich keinen Grund, dies auf sechs Züge zu beschränken“, meinte Rainer Dahlhaus von der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen. Gleichzeitig machte er deutlich: „Teilstandorte sind keine Sparmodelle.“ Stattdessen steige der Bedarf an Lehrkräften und Leitungsposten. *bra*

# Das Rauchverbot und seine Grenzen

## Verschärfter Nichtrauchererschutz im Fokus der Fachleute

26. September 2012 – In den Medien bereits stark diskutiert, stand er nun auch im Fokus einer Anhörung im Landtag: der Entwurf für einen strikten Nichtrauchererschutz (Drs. 16/125). Nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung sollen Glimmstängel in der Gastronomie, an Schulen, auf Spielplätzen und bei Brauchtumsfesten künftig Tabu sein. Das Echo der geladenen Fachleute fiel erwartungsgemäß geteilt aus.

„Ein absolut richtiger Schritt in die richtige Richtung“, lobte Dr. Stephan Keller von den Kommunalen Spitzenverbänden. Mit den derzeitigen Ausnahmen hätten die Ordnungsmächtigkeiten erheblich zu kämpfen. Der vorliegende Entwurf schließe die Lücken, sodass keine Vollzugsprobleme mehr auftreten dürften, meinte Dr. Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum. Auch verfassungsrechtlich sei alles einwandfrei, so Ex-Verfassungsrichter Dr. Jürgen Brand: Laut Bundesverfassungsgericht müsse die Berufsfreiheit zurücktreten, wenn sich der Gesetzgeber entscheide, Gesundheit und Leben mit einem Rauchverbot höher zu stellen.

Je strikter der Nichtrauchererschutz, desto größer auch der positive Effekt auf die Gesundheit, betonte Prof. Dr. Susanne Schwalen von der Ärztekammer. Rund ein Viertel der Bevölkerung sei Passivrauch ausgesetzt, 700 Menschen stürben daran jährlich allein in NRW. „Rauchen

Foto: Schälte



ist gefährlich, Passivrauchen ist gefährlich“, sagte auch Klaus Hübenthal von der Dehoga NRW. Deshalb gebe es das aktuelle Gesetz samt Frieden zwischen Rauchern und Nichtrauchern.

„Insgesamt müssen wir feststellen, dass Deutschland nicht gerade ein Vorreiter bei der Tabakkontrollpolitik ist“, konstatierte Dr. Katja Bromen von der Europäischen Kommission. Probleme gebe es vor allem in Ländern mit vielen Ausnahmen. Bei umfassendem Nichtrauchererschutz hingegen sei die Akzeptanz für die Regelung meist groß.

### WAHLFREIHEIT & AKZEPTANZ

„Warum sollten wir den mündigen Wahlbürger entmündigen?“, fragte Günther Guder vom Bundesverband des deutschen Getränkefachgroßhandels. Raucher dürften auch mit dem neuen Gesetz weiter rauchen, aber eben vor der Tür, entgegnete Dr. Pötschke-Langer. Hingegen hätte ein Nichtraucher aktuell keine Wahl – 80 Prozent der Kneipen seien verqualmt. Doch, er habe eine Wahl, entgegnete Jürgen Witt vom Verband rheinisch-westfälischer Brauereien: „Er kann vorbeigehen.“

Unverständnis auch vom Vertreter der mittelständischen Tabakwirtschaft, Marc Benden: Es gebe Zigarrenlounges, in denen die Menschen mit dem neuen Gesetz entweder nicht rauchen oder nicht trinken dürften.

Aber welcher Nichtraucher solle hier überhaupt geschützt werden, fragte Benden. Zudem sähen die Bürger keinen Grund für ein absolutes Rauchverbot, betonte Bodo Meinsen vom Verein „Bürger für Freiheit und Toleranz“. Dem hielt Dr. Pötschke-Langer entgegen: Quer durch alle Wählerschichten gebe es eine breite Zustimmung zum Rauchverbot in der Gastronomie.

### WIRTSCHAFTLICHE EXISTENZ

„Kneipenbesitzer sind keine Millionäre“, warnte Hübenthal. Mit dem neuen Gesetz drohe 20 Prozent der Kneipen und etwa fünf Prozent der sonstigen Gastronomie das Aus. Witt forderte: Kneipen und Wirte, die einen Raucherraum einrichten könnten, sollten weiter die Wahlfreiheit haben. Die Kollateralschäden bei einem absoluten Rauchverbot seien groß, befürchtete auch Heike Maria Lau vom Tabakproduzenten JTI.

Anders Dr. Bromen: „Unter dem Strich sehen wir hier keinen Nachteil.“ Zudem sei nicht ein Rauchverbot, sondern der Strukturwandel im Gastgewerbe Ursache für das Kneipensterben, betonte das Krebsforschungszentrum. Stefan Bohne vom Kölner Verband Klubkomm begrüßte gar den schärferen Nichtrauchererschutz: Klare Regeln verhinderten Wettbewerbsverzerrungen. Allerdings fühlten sich die Gastronomen bei der Umsetzung bislang alleine gelassen: Mehr Raucher vor der Tür bedeuteten mehr Lärm, Müll und „Wildpinkeln“, zählte Bohne auf.

### KINDERSPIELPLÄTZE

Auch Dr. Keller von den kommunalen Spitzenverbänden befürchtet mit dem vorgelegten Entwurf neue Probleme: die Kontrolle des Rauchverbots auf Spielplätzen sowie im öffentlichen Nahverkehr. „Das werden wir von den Ressourcen her schlicht und einfach nicht schaffen.“

Gleichzeitig bedeute das Rauchverbot zwischen Schaukel und Rutsche einen Paradigmenwechsel: Der Nichtrauchererschutz weite sich über geschlossene Räume hinaus aus. Dies habe jedoch eher etwas mit Prävention als mit Passivrauchen zu tun, so Dr. Keller. „Ich würde dafür plädieren, dass wir diesen Schritt nicht gehen.“ Dem widersprach Dr. Pötschke-Langer: Schon Hinweisschilder auf Spielplätzen ohne zusätzlich Kontrolle brächten eine ganze Menge.

### BRAUCHTUMSVERANSTALTUNGEN

Auch bei Prunksitzungen und Co. sei insbesondere der Nichtrauchererschutz von Kindern wichtig, betonte Marlies Herterich vom Kinderschutzbund: Die Tanzauftritte in verqualmten Räumen seien echte „Lungenreißer“. Der Gesetzesentwurf belaste die Vereine allerdings übermäßig, warnte Klaus Stallmann vom Westfälischen Schützenbund 1861. Außerdem drohe ein Stück Kultur und Geselligkeit verloren zu gehen. Auch Rolf Peter Hohn vom Bund deutscher Karneval sagte: „Wir befürchten schon, dass es einen Besucherschwind geben wird.“ Die Sorge sei grundlos, meinte hingegen Dr. Pötschke-Langer: Das Oktoberfest funktioniere doch weiterhin „fantastisch“ – auch ohne Qualm. *bra*



Foto: Schälte

# Im Takt des Fördergeldes

## Über 20 Fachleute debattieren ÖPNV-Gesetzentwurf der Regierung

*1. Oktober 2012 – Viel Zeit bleibt nicht mehr: Bis Jahresende muss der Landtag den Verteilerschlüssel für die Förderpauschalen im öffentlichen Nahverkehr neu definieren – so sieht es das aktuelle Gesetz vor. Über 20 Fachleute haben nun im Verkehrsausschuss einen entsprechenden Entwurf der Landesregierung diskutiert (Drs. 16/57). Im Fokus: die Pauschalen für den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr (ÖPNV), die Investitionsförderung und den Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV).*

Flexibel per Rechtsverordnung statt per Gesetz: So will die Regierung zukünftig die SPNV-Pauschale an die drei Nahverkehrs-Zweckverbände Rhein-Ruhr, Rheinland und Westfalen-Lippe verteilen. Das sorgte für Gegenwind in der Expertenanhörung: „Wir halten es für absolut wichtig, den Verteilerschlüssel vom Grundsatz her im Gesetz zu regeln“, betonte Dr. Markus Faber vom Landkreistag ähnlich wie Thomas Kiel vom Städtetag und Werner Schnieder-mann von der Arbeitsgemeinschaft Mittelständischer Personenverkehrsunternehmen. Nur so könnten die Zweckverbände langfristig sicher planen und sei ein transparentes parlamentarische Verfahren garantiert.

Das Einvernehmen, nicht nur das Benehmen mit dem Verkehrsausschuss des Landtags müsse sichergestellt sein, forderte auch Dr. Hermann Paßlick vom Zweckverband Westfalen-Lippe. Während Rainer Latsch von der Deutschen Bahn die angestrebte Flexibilität lobte, schlug Faber einen Kompromiss vor: Bis zu zehn Prozent der Summe könnte das Land über Rechtsverordnungen verteilen, den Rest per Gesetz.

### ÖPNV-PAUSCHALE

90 Prozent nach Betriebsleistung, neun Prozent nach Einwohnerzahl und ein Prozent nach Flächengröße: So will Rot-Grün zukünftig die ÖPNV-Pauschale an Städte und Kreise

ausgeben. Die Betriebsleistung im Fokus, das sei sinnvoll, hieß es vom Bogestra-Vertreter Dr. Burkhard Rüberg. Der geplante Verteilerschlüssel beschere einigen Aufgabenträgern im Vergleich zu heute allerdings weniger Geld, machte Kiel deutlich. Er forderte, die Berechnungsgrundlagen offen zu legen, um Verständnis zu schaffen.

Bedenken äußerte auch Werner Linnenbrink von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft: Der Gesetzentwurf priorisiere zu sehr die Stadtzentren. „Es gibt nicht nur die großen Ballungsräume in NRW“, erinnerte Faber und sprach sich für eine stärkere Gewichtung der Flächengröße von fünf bis zehn Prozent aus: Gerade für die ländliche Gegend sei der Ausbau des ÖPNV wichtig.

### NEUINVESTITION UND SANIERUNG

Laut Gesetzentwurf will die NRW-Regierung die garantierte Investitionspauschale an die drei Zweckverbände von jährlich 150 auf 120 Millionen Euro absenken. Die Summe reiche nicht aus, stellte Latsch fest. Stattdessen sei eine „Investitionsoffensive“ notwendig, forderte Dr. Godehard Franzen vom Verein „Bielefeld pro Nahverkehr“.

„Wenn wir sagen: ‚Vorfahrt für den ÖPNV‘, müssen wir schauen, dass begonnene Maßnahmen nicht verhungern“, mahnte auch Rüberg. Volker Wente vom Verband Deutscher

Verkehrsunternehmen wertete den Entwurf als „Zeugnis einer chronischen Unterfinanzierung“ des ÖPNV. Und Hans-Ulrich Mann von der Intraplan Consult GmbH warnte: „Die Schere zwischen den Anforderungen an den ÖPNV und den tatsächlich vorhandenen Mitteln geht immer mehr auseinander.“

Zudem betonte Mann: Im Gegensatz zu Neuinvestitionen fehle für die Finanzierung von Arbeiten am Bestand eine gesetzliche Grundlage. Daher forderte er ein Gesamtkonzept für die Finanzierung jeglichen Mittelbedarfs im ÖPNV. Unterstützung kam von IHK-Vertreter Joachim Brendel: „In den nächsten Jahren geht es nicht um den großen Ausbau, sondern darum, das zu sichern, was wir erreicht haben.“

### RHEIN-RUHR-EXPRESS

Die Bahnstrecke zwischen Dortmund und Köln hebt Rot-Grün in ihrem Entwurf besonders hervor: erhöhter Takt und geringere Reisedauer – so ihr Ziel, das sie mit dem Bau der Rhein-Ruhr-Express-Linie (RRX) erreichen will. „Wir sind in engen Gesprächen mit der Fahrzeugindustrie“, erläuterte Dr. Norbert Reinkober vom Zweckverband Rheinland. Mit ausreichend Verhandlungsfreiheit seitens der Aufgabenträger werde NRW ein zukunftsfähiges RRX-System aufbauen können.

Erfreut über die explizite Nennung des RRX im Gesetzentwurf zeigte sich die Deutsche Bahn. Dies sei ein Schlüsselprojekt für NRW. Der Infrastrukturausbau sei tatsächlich wichtig, bestätigte neben dem DGB auch Kiel vom Städtetag. Allerdings befürchte er, dass durch die Priorisierung per Gesetz andere Projekte hinten über fallen könnten. Ähnliche Bedenken äußerte Paßlick: „Wir sind schon darauf angewiesen, dass das Augenmerk nicht nur auf dem RRX liegt.“ *bra*

### Die vier Pauschalen im ÖPNV

Seit Inkrafttreten des neuen ÖPNV-Gesetzes Anfang 2008 gibt es vier Förderpauschalen:

**ÖPNV-Pauschale:** Umfasst die bis Ende 2007 gezahlte Aufgabenträgerpauschale für Kreise und kreisfreie Städte sowie die Gelder für die Fahrzeugförderung im öffentlichen Personennahverkehr.

**SPNV-Pauschale:** Besteht aus den Mitteln zur Finanzierung des Schienen-Personennahverkehrs (S-Bahn, Regionalexpress, usw.) sowie der entsprechenden Aufgabenträgerpauschale für die drei Zweckverbände.

**Pauschalisierte Investitionsförderung:** Gelder für Infrastrukturinvestitionen.

**Ausbildungsverkehr-Pauschale:** Ausgleichleistungen im Ausbildungsverkehr des öffentlichen Straßen-Personenverkehrs.

## +++ Meldungen +++

### Nebentätigkeiten von Abgeordneten

31.10.2012 – Der Ältestenrat hat unter Leitung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke beschlossen, zur Frage der Nebentätigkeiten von Abgeordneten voraussichtlich im Januar des kommenden Jahres ein öffentliches Hearing zu veranstalten. Das Hearing soll eine verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess zum Thema Nebentätigkeiten von Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen liefern.

### Steuerabkommen Schweiz

31.10.2012 – Im Haushalts- und Finanzausschuss bekräftigte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans seine Position, der vorliegenden Fassung des Steuerabkommens mit der Schweiz nicht zustimmen zu wollen. Dies führe aus seiner Sicht nicht zu mehr Steuergerechtigkeit. Mit dieser Entscheidung gingen nicht nur dem Bund, sondern auch den Ländern mögliche Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren, kritisierten CDU wie auch FDP. Durch den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs sei ja nur eine punktuelle Kontrolle möglich, dies verletze den Grundsatz der gleichmäßigen Besteuerung. Finanzminister und Regierungsfractionen beharrten demgegenüber auf der Möglichkeit zur Kontrolle auch nach Abschluss eines möglichen Abkommens.

### Sanierung von Mietwohnungen

26.10.2012 – Mit welchen Maßnahmen und Förderinstrumenten kann man erreichen, dass Mietwohnungen modernisiert und saniert werden? Dies war Thema einer Anhörung der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und Neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten“. Dabei wurde unter anderem diskutiert, ob und inwieweit die aktuellen bundesgesetzlichen Regelungen Geschäftsmodelle von Unternehmen begünstigen, die Wohnungen in erster Linie als Kapitalanlage begreifen. Auch wurden Wirksamkeit und Änderungsvorschläge hinsichtlich des Baurechts, des Wohneigentumsrechts, des Mietrechts, des Forderungsrechts und des Vorkaufsrechts erörtert. Zweitens ging es unter landesgesetzlichen Aspekten auch darum, wie die Landesbauordnung, das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, die Gemeindeordnung beziehungsweise das kommunale Haushaltsrecht helfen können, einen baulichen und städtebaulichen Missstand von Wohnungen zu beheben.

### Antrag auf Subsidiaritätsrüge abgelehnt

26.10.2012 – Zum ersten Mal hat sich der **Europa-**ausschuss mit einer möglichen Subsidiaritätsrüge befasst. Den Antrag der PIRATEN rund um die Pläne zur Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht lehnte er am Ende allerdings mit den Stimmen von Rot-Grün bei Enthaltung von CDU und FDP ab. Stattdessen zeichnete sich für das kommende Plenum ein fraktions-

wurde laut Landesregierung für alle Jugendämter, die entscheidungsreife Anträge bis zum 30. November 2012 vorlegen, zunächst ein Kontingent in Höhe von rund 65 Mio. Euro reserviert. Anschließend soll über Anträge entschieden werden, die über das jeweilige Jugendamtskontingent hinausgehen. Es sei zunächst grundsätzlich von einem Durchführungs- und Bewilligungszeitraum bis zum 30. März 2014 auszugehen, so die zuständige Familienministerin.



Illustration: Peter Flock

übergreifender Antrag zur Bankenunion ab. Die Kernaufgaben der nationalen Bankenaufsichten sollen ab dem kommenden Jahr schrittweise auf ein bei der Europäischen Zentralbank einzurichtendes Gremium übergehen. Während SPD und GRÜNE auf eine zügige Einigung drängten, unterstrich vor allem die FDP: „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“ Vom Grundsatz her betonte der Ausschuss jedoch die Bedeutung der europäischen Bankenaufsicht. Gleichzeitig forderte er, dass die Besonderheiten des Deutschen Bankenwesens (Drei-Säulensystem: Private, öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken) berücksichtigt werden müssten.

### Bundesmittel für U3-Ausbau

25.10.2012 – Über 126 Millionen Euro will der Bund für den U3-Ausbau zuschießen. Mit Blick darauf erörterte der **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** mit der Landesregierung die Umsetzungsmodalitäten. Um den Jugendämtern in Nordrhein-Westfalen Planungs- und Finanzierungssicherheit zu gewährleisten und den U3-Ausbau weiter zu beschleunigen,

### Verfassungsschutz im Wandel

25.10.2012 – Als „neue Qualität“ werteten Abgeordnete aller Fraktionen im **Hauptausschuss** die ausführlichen Informationen des Leiters des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Burkhard Freier. Das Gespräch fand statt im Zusammenhang mit der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2011. Die Abgeordneten begrüßten, dass der Verfassungsschutz verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen wolle. Freier beschrieb in seiner Einführung einen „Verfassungsschutz im Wandel“. Er kündigte an, mit Blick auf steigende Gewaltbereitschaft von Rechts- und Linksextremisten die entsprechenden Bereiche zu stärken und Fachwissen zusammenzufassen.

### Kanal-TÜV: Neue Regelung

24.10.2012 – Eine strikte Prüffrist für private Abwasserkanäle soll es in Zukunft nur noch in Wasserschutzgebieten geben: So das neue Kanal-TÜV-Konzept der Landesregierung, das Umweltminister Rimmel (GRÜNE) im **Umweltausschuss** vorgestellt hat. Demnach müssten Besitzer von solchen Privathäusern mit Baujahr vor 1965 ihre Kanäle bis zum Jahr 2015 prüfen lassen. Alle anderen privaten Bauten hätten fünf Jahre länger Zeit. Für private Kanäle außerhalb von Schutzgebieten gäbe es dann keine landesrechtlichen Vorgaben mehr. Allerdings betonte Rimmel: Kanäle müssten funktionieren und dicht sein. Verantwortlich dafür seien die Eigentümer. Zudem verwies er auf eine entsprechende DIN-Norm, wonach Kanäle jeglicher Art alle 30 Jahre zu überprüfen seien. Die Regierungsfractionen wie auch PIRATEN und FDP lobten den Vorschlag des Ministeriums als Schritt in die richtige Richtung. Der CDU geht die Entlastung privater Eigentümer nicht weit genug.

# „Mutter Natur ist ein böses Weib“

## Klimaschutzgesetz: Vier Ausschüsse hörten 38 Fachleute

26. Oktober 2012 – Chancen und Risiken des Klimaschutzgesetzes waren Thema einer Anhörung zu der gleich vier Ausschüsse geladen hatten. 38 Fachleute stellten sich den Fragen von Abgeordneten aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU), dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (Vorsitz Georg Fortmeier, SPD), dem Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz Christian Dahm, SPD) sowie dem Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (Vorsitz Dieter Hilsner, SPD).

Für eine Vorgehensweise mit weltweitem Ansatz plädierte Kai Mornhinweg (Unternehmensverbände). So könne die Wirtschaft in NRW durch innovative Produkte durchaus dazu beitragen, dass weltweit die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken – selbst wenn durch deren Produktion hier vor Ort die Emissionen anstiegen. Es spiele doch keine Rolle, wo die Emissionen eingespart werden, unterstützte ihn Dr. Mark Andor (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung). Und für die Industrie gebe es keine „Dritte Welt“, plädierte auch Dr. Hans-Jörn Weddige (ThyssenKrupp) für ein globales Vorgehen.

„Wenn wir als Hochtechnologieland die Klimawende schaffen, werden auch andere dazu ermutigt“, trat Dirk Jansen (BUND) hingegen dafür ein, die Änderungen aufgrund des Klimaschutzes erst einmal lokal anzugehen. In NRW gebe es bislang im Vergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil erneuerbarer Energien, hier seien also durchaus Ausbaumöglichkeiten vorhanden, ergänzte Jan Dobertin (Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien). Es sei wichtig, jetzt anzufangen und die Mittel in die Hand zu nehmen, unterstrich Josef Tumbrink (NABU), denn „der Klimawandel ist im Gange“. Und wenn man nicht jetzt schnell handle, werde man den Klimawandel irgendwann gar nicht mehr aufhalten, so Dr. Volker Jaenisch.

Trotzdem sei es notwendig, zum Schutz von Schwankungen beim Ausfall von Wind- und Solarenergie eine Absicherung durch konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, entgegnete Dr. Wolfgang Konrad (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft). Bei der Laufzeit der Kraftwerke brauche man eine gewisse

Planungs- und Investitionssicherheit. In die gleiche Richtung argumentierte auch Stefan Schreiber (Industrie- und Handelskammer). Mit Blick auf den Stromverbund forderte er zudem erstens eine europäisch abgestimmte Lösung, zweitens ein Monitoring mit Blick auf die Gefahren für Netz und Verbraucher. Man müsse Raum schaffen für dezentrale Lösungen, meinte dagegen Jan Dobertin (Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien) zur Frage einer sicheren und stabilen Energieversorgung. Man müsse aufpassen, dass Emissionen sich nicht einfach nur verlagerten, warnte dagegen Dr. George Milojcic (Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein).

### GEGENSÄTZLICHE EFFEKTE

Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der Regelungen des Klimaschutzgesetzes befürchten die Landwirtschaftsverbände (vertreten durch Dr. Bernd Lüttgens und Dr. Jochen Thiering). Die Landesregierung sehe zu wenig die Möglichkeiten zur Vermeidung von Treibhausgasen durch Produktivitätssteigerungen bei der Nahrungsmittelproduktion. Längere Vegetationsperioden seien zwar ein positiver Nebeneffekt, begünstigten aber auch Schädlinge, gab Dirk Jansen (BUND) zu Bedenken.

Er widersprach auch der durch Dr. Bernd Kaletta (LANXESS) aufgeworfenen positiven Bewertung des Emissionshandels. Laut Jansen liefere dieser keine Anreize, in kohlenstoffarme Technologien zu investieren.

Wenn man nichts tue, würden in absehbarer Zeit die Kosten des Klimawandels so groß, dass

das Wirtschaftswachstum dies nicht mehr ausgleichen könne, hielt Jan Dobertin (Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien) dieser Einschätzung entgegen. Im letzten Jahr habe es den historisch höchsten Schadstoffausstoß und die kleinste Ausdehnung des Polareises gegeben. Zudem stiegen die durch Stürme und andere Auswirkungen des Klimawandels verursachten Kosten stetig an. Wenn man dagegen jetzt handle, rechneten Wissenschaftler mit einer Begrenzung der Kosten auf ein bis zwei Prozent des Bruttosozialprodukts. „Mutter Natur ist ein böses Weib, sie lässt sich nicht betrügen“, trat auch Dr. Volker Jaenisch für vorbeugende statt für später korrigierende Maßnahmen ein.

„Wir befinden uns in einem Strukturwandel, und da kommt die Energiewende noch obendrauf“, so der DGB, vertreten durch Achim Vanselow. Er sah die Beschäftigungseffekte durch „grüne Industrien“ eher skeptisch: Möglicherweise verliere man gute, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, wisse aber nicht, durch welche sie ersetzt würden. Waldemar Bahr (IG BCE) verwies hingegen auf die Chancen, die neue Produkte zur Einsparung von Energie und Emissionen mit sich bringen könnten.

Positive Beschäftigungseffekte durch das Klimaschutzgesetz erhofft sich dagegen das Handwerk. Dieser Wirtschaftsbereich erbringe zum Beispiel über die energetische Gebäudesanierung wichtige Leistungen im Rahmen des Klimaschutzes, erläuterte Dr. Volker Becker (Handwerkstag). Niemand könne allerdings sagen, was mit der neuen Rechtsmaterie vor dem Oberverwaltungsgericht geschehe, warnte Kai Mornhinweg (Unternehmensverbände) vor möglicher Unsicherheit für Investoren. *cw*

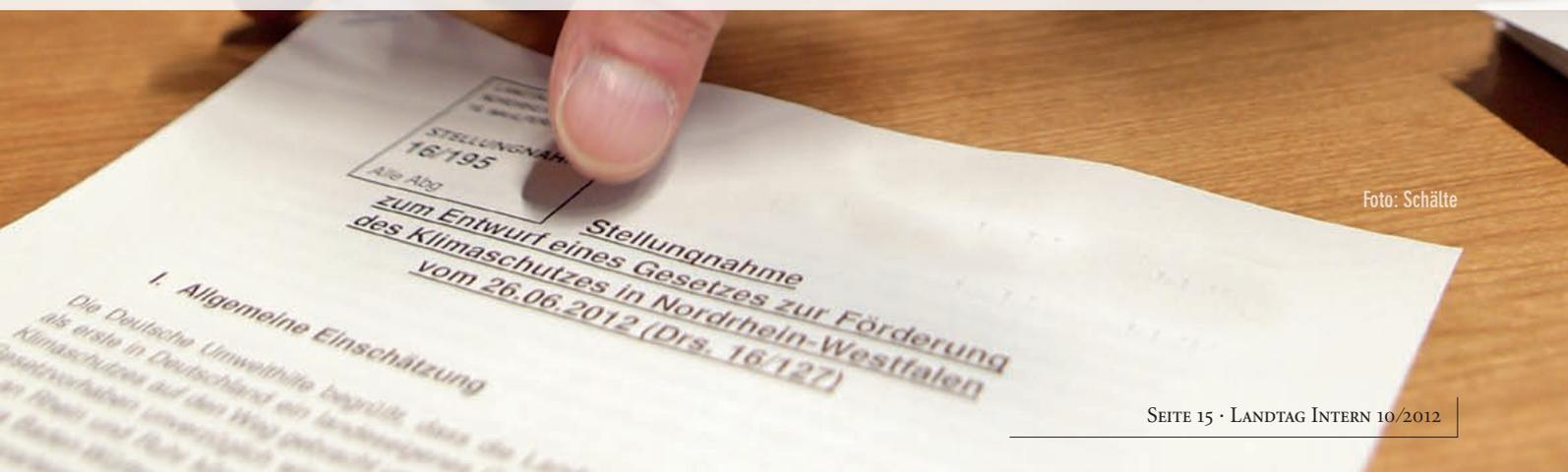


Foto: Schälte



# Aus den Fraktionen

## Energiearmut verhindern

Im Jahr 2011 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 120.000 Stromsperrungen verhängt. Für die Betroffenen bedeutet dies ein Leben ohne Kühlschrank, Elektroherd, warmes Wasser und Licht. In einem Experten-Workshop auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion diskutierten Vertreter aus Verbraucherberatung, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden und Energieversorgung jetzt das wachsende Problem der „Energiearmut“. Dabei machte Inge Blask (Foto), verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion deutlich, dass Energieversorgung genauso bedeutsam ist wie Unterkunft, Nahrung oder Kleidung. Eine Energieversorgung gehört zur gesellschaftlichen Teilhabe. Aus der Diskussion ergaben sich mehrere Handlungsfelder:

- Energieberatung muss stärker mit den unterschiedlichsten Akteuren wie Wohnungsge-

sellschaften, den örtlichen Energieversorgern, Schuldner- und Verbraucherberatung sowie Familienzentren verbunden werden.

- Der Kauf energieeffizienter Geräte soll ermöglicht werden. Gutes Beispiel: Die Wuppertaler Stadtwerke wollen in einem Modellvorhaben 100 einkommensschwache Haushalte beim Austausch ineffizienter Kühlschränke unterstützen.
- Smart Meter (intelligente Stromzähler) können zur Vermeidung von Stromsperrungen genutzt werden. Kombiniert mit einer Prepaid-Möglichkeit eignen sich Smart Meter, um eine Energiesperre durch weniger massive Maßnahmen zu ersetzen.



- Energieschulden sollten sozialverträglich geregelt werden, beispielweise durch Ratenzahlungen anstelle von Energiesperrungen.
- Die Auswüchse bei den Befreiungen von der EEG-Umlage müssen eingeschränkt werden und nur für energieintensive Unternehmen gelten, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen.

Die SPD hat sich verpflichtet, die Energiewende sozial zu gestalten. Wir wollen eine Grundversorgung mit Energie sicherstellen, die zum Leben und zur sozialen Teilhabe unerlässlich ist. Energie muss bezahlbar bleiben, für die Industrie – aber eben auch für Privathaushalte.



## Stromengpässe: Landesregierung darf Hilferuf der Deutschen Bahn nicht länger ignorieren

„Die berechtigten Sorgen der Bahn und tausender Pendlerinnen und Pendler in Nordrhein-Westfalen finden bei dieser Landesregierung kein Gehör. Das Land steuert auf ein Bahnverkehrs-Chaos zu und die Landesregierung schaut tatenlos zu.“ Das kritisiert der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Kufen (Foto). „Bis heute hat die Landesregierung keine Antworten auf die bevorstehende Abschaltung der drei alten Kraftwerksblöcke in Datteln, deren Genehmigungen Ende des Jahres auslaufen. Gleichzeitig lässt die Landesregierung mit Datteln IV eines



der modernsten Kohlekraftwerke der Welt zur Milliarden-Bauruine verkommen. Dabei könnte hier Strom erzeugt werden, der dringend benötigt wird, damit unser Nahverkehr funktioniert.“

Im Falle einer ersatzlosen Abschaltung der drei veralteten Kraftwerksblöcke in Datteln drohen erhebliche Einschränkungen im nordrhein-westfälischen Zugverkehr. Insbesondere in den verbrauchsstarken Wintermonaten müssten laut Bahn mehrere 100 Züge stundenweise im Ruhrgebiet gestoppt werden. Die morgendlichen Verkehrsspitzen seien davon besonders betroffen.

Die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag unterstützt im Interesse der Pendlerinnen und Pendler die Forderung der Deutschen Bahn und hat bereits Anfang Oktober unter dem Titel „Stromversorgung sicherstellen – welche Antworten hat die Landesregierung zur in Rede stehenden Abschaltung des Kraftwerks Datteln I-III?“ einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem sie die Landesregierung auffordert, bis zum 1. Dezember ein entsprechendes Lösungskonzept vorzulegen. Kufen: „Jetzt ist Frau Kraft gefragt: Sie muss den Hilferuf der Bahn endlich ernst nehmen und dafür Sorge tragen, dass Datteln IV ans Netz geht.“ ■



## „More than Honey“ – Bienen in Gefahr

Am 29. Oktober zeigte die GRÜNE Fraktion im Filmsaal des Landtags in einer Vorpremiere den Film „More than Honey“. Der Film beeindruckt durch spektakuläre Aufnahmen, zeigt aber auch deutliche Gefahren, denen Bienen vor allem durch Menschen ausgesetzt sind – so etwa Stress, Hunger und Monokulturen bei der „industrialisierten Biene“ in den USA. Zudem werden Bienenvölker

mehrfach auseinandergerissen und müssen dann neue Bienenstöcke errichten und eigene Königinnen heranziehen. Oft sterben bis zu 30 Prozent der Völker pro Jahr durch die Vielfachbelastungen. Weitere Probleme treten durch den Einsatz von Pestiziden und Antibiotika, durch Schädlinge oder bakterielle Krankheiten auf. Wie eine Landwirtschaft ohne die Biene aussieht, zeigt der Film an einem Beispiel in China. Dort bestäuben Menschen mit „Wattestäbchen“ Blüte für Blüte.

Im Anschluss an den Film diskutierten die 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im ausgefüllten Kinosaal mit Regisseur Markus Imhoof (Foto 1.), Vertretern des NRW-Imkereiverbands und einer Vertreterin des „Bayer Bee Care“ Centers. Dabei wurde die Strategie von Bayer heftig kritisiert: Der Konzern lässt einerseits bienenschädliche Arzneimittel entwickeln und anwen-

den, andererseits aber ein „Bee Care Center“ errichten. Neben den Bienen – so die Gäste – dürften auch andere bestäubende Insekten nicht außer Acht gelassen werden, da beispielsweise auch die Zahl der Schmetterlinge und Hummelarten stark zurückgegangen sei.

Als ein Fazit wurde gefasst, dass erst eine industrialisierte Landwirtschaft zu den meisten der im Film dargestellten Probleme führt. Veränderungen müssen demnach bei den Bedingungen für die Landwirtschaft ansetzen, also etwa dem Biolandbau und der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Die Erkenntnisse des Abends sollen nun unmittelbar in die parlamentarische Arbeit einfließen. ■



Foto: Senator Film



## FDP-Fraktion: Energiewende meistern: Sicher. Sauber. Bezahlbar.

Die Energiewende ist eines der technologisch, wirtschaftlich und politisch anspruchsvollsten Projekte der kommenden Jahrzehnte. Die FDP-Fraktion begleitet diesen Prozess intensiv und hat nun ein energiepolitisches Symposium mit Referenten aus Forschung, Wirtschaft und Politik veranstaltet. Rund 260 Gäste sind der Einladung der FDP gefolgt. „Wir wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird. Die ganze Welt schaut dabei auf Deutschland. Scheitern wir, dann scheitert auch der globale Klimaschutz“, erklärte Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in seiner Begrüßung. Umfragen zufolge hält die Mehrheit der Bürger den Ausbau der erneuerbaren Energien für wichtig. „Diese große Zustimmung dürfen wir nicht aufs Spiel setzen“, betonte Lindner. Der Umbau müsse jedoch Wirtschaftlichkeit, Versorgungs-

sicherheit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen gewährleisten, unterstrich Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Unter dem Motto „Energiewende meistern: Sicher. Sauber. Bezahlbar.“

beleuchteten Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, Dr. Ulrich Hartmann, Vorstandsmitglied der RWE Power AG, Professor Justus Haucap, Mitglied der Monopolkommission sowie Professor Marc Oliver Bettzüge, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln, Johannes Lackmann Geschäftsführer der Westfalen-Wind und Julian Sels, Geschäftsführender Gesellschafter O. & L. Sels GmbH &



Co. KG unterschiedliche Aspekte der Energiewende. Einig waren sich die Experten, dass Veränderungen bei der Förderung der Erneuerbaren und eine Kooperation auf europäischer Ebene unerlässlich seien. Brockes: „Die Energiepolitik in Deutschland darf nicht im Widerspruch zu den Zielen der Europäischen Integration stehen. Wir müssen zu einem europäischen Markt mit einem Quotenmodell kommen.“ ■

Co. KG unterschiedliche Aspekte der Energiewende. Einig waren sich die Experten, dass Veränderungen bei der Förderung der Erneuerbaren und eine Kooperation auf europäischer Ebene unerlässlich seien. Brockes: „Die Energiepolitik in Deutschland darf nicht im Widerspruch zu den Zielen der Europäischen Integration stehen. Wir müssen zu einem europäischen Markt mit einem Quotenmodell kommen.“ ■



## Haushalten, nicht kaputtsparen

Über das Haushaltsjahr erst im Herbst desselben Jahres zu sprechen, ist eigentlich ein Unding. Wir hoffen, dass die Rüge des Verfassungsgerichtshofs die Landesregierung dazu bewegt, Haushaltspläne künftig pünktlich einzureichen. Sie darf die Beteiligung des Parlamentes am Haushaltsberatungsverfahren nicht bloß zur lästigen Formsache degradieren. Wir als Piratenfraktion können und wollen das in Zukunft nicht durchgehen lassen, denn wir stehen für Transparenz und Teilhabe.

Auch wenn bereits zehn Zwölfstel des Haushalts ausgegeben sind, zeigt sich die Piratenfraktion dennoch kooperationsbereit: Wir haben 27 Anträge erarbeitet, die unser Land zukunftsfähig machen sollen.



Fraktionsvorsitzender Dr. Joachim Paul

Wir wollen damit erste Signale setzen, auch in Richtung des demnächst vorzulegenden Haushalts 2013. Uns geht es darum, sinnvoll zu haushalten und nicht unser Land kaputtzusparen.

Unsere Anträge enthalten sowohl Kürzungsvorschläge, als auch Ausgabenerhöhungen. Das finanzielle Gesamtvolumen unserer Forderungen liegt bei 495 Millionen Euro. Das mag auf den ersten Blick viel erscheinen. Doch wir haben auch Kürzungsvorschläge in Höhe von etwa 21 Millionen Euro vorgesehen. Angesichts dessen, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr rund 600 Millionen Euro zusätzlich aus dem Länderfinanzausgleich bekommen wird, sind unsere Vorschläge daher umsetz-

bar und moderat. Wir hoffen sehr, dass die rot-grüne Landesregierung zu ihrem Wort steht, sinnvolle Vorschläge aufzugreifen. Der größte Teil unserer Forderungen soll mit 370 Millionen Euro unseren notleidenden Kommunen in NRW zugute kommen. Dass die Kommunen das Geld dringend brauchen, bezweifelt mittlerweile sicher niemand mehr. Auch das Parlament kann nicht so tun, als gäbe es die riesigen Schuldenberge in unserem Land nicht. Etwa 125 Millionen Euro möchten wir in die Bereiche Open Government, ÖPNV und Bildung investieren. ■



# Schuldenabbau: „Worauf wartet die Politik noch?“

## Sachverständige fordern in Debatte um Haushalt 2012 mehr Sparwillen

*1. Oktober 2012 – Die ab dem Jahr 2020 geltende Schuldenbremse auf der einen Seite, die notwendigen Ausgaben insbesondere für Kommunen auf der anderen Seite waren die beiden wesentlichen Pole der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Landeshaushalt 2012. Dabei waren sich die geladenen Fachleute grundsätzlich einig, dass das Land seinen Haushalt sanieren müsse. Dies dürfe aber nicht zulasten der Kommunen geschehen. Die Vertreter der Wirtschaftsinstitute betonten, die Einhaltung der Schuldengrenze ab dem Jahr 2020 sei möglich, mehr Sparen aber schon heute notwendig.*

Die finanzielle Lage der Kreise, Städte und Gemeinden war auch in dieser Anhörung zentrales Anliegen der drei Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. So wies Dr. Christian von Kraack darauf hin, dass der Verbundsatz (siehe Infokasten) von seinerzeit 28,5 auf nunmehr 23 Prozent gesunken sei – was effektiv 21,87 Prozent bedeute –, obwohl die Zahl der an die Kommunen übertragenen Aufgaben zugenommen habe. Er mahnte, der europäische Fiskalpakt beziehe bei der Berechnung der Verschuldungsquote ausdrücklich auch die Schulden der Kommunen mit ein.

Dr. Kai Zentara hob für den Bereich „Schule und Gesundheit“ das Beispiel „Inklusion“ hervor. Die gleichberechtigte Einbeziehung behinderter Menschen sei seit 2009 auch in Deutschland geltendes Recht. Bereits seit Jahren würde von den Kommunen unter Berufung auf die UN-Behindertenrechtskonvention gefordert, zum Beispiel den barrierefreien Umbau von Gebäuden voranzutreiben. Das Land müsse diese zum Teil erheblichen Kostenbelastungen, für die es nach dem Konnexitätsprinzip mitverantwortlich sei, anerkennen und spätestens in den Haushalt 2013 entsprechende Ausgleichszahlungen aufnehmen.

Eine ähnliche Kritik brachte Axel Welge mit Blick auf das aktuell diskutierte Klimaschutzgesetz vor. Ihm ging es dabei nicht in erster Linie um eine Erhöhung, sondern um eine Verlagerung der Ausgaben. Es könne nicht sein, dass im Umweltministerium nach den Jahren 2010 und 2011 auch im Jahr 2012 erneut 100 neue Stellen zur Umweltüberwachung geschaffen würden. Die Leistungen der Kommunen in diesem Bereich würden hierbei nicht berücksichtigt.

Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss auch NRW die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2020 vollständig abbauen. Diesem Themenkomplex widmeten sich die befragten Wirtschaftsinstitute sowie der Bund der Steuerzahler NRW.

### ABBAU DER SCHULDEN

Ralph Brügelmann vom Institut der Deutschen Wirtschaft bezifferte unter Berücksichtigung der aktuellen Nettokreditaufnahme und der konjunkturellen Entwicklung ein strukturelles Defizit von jährlich rund 3 Milliarden Euro. Dies könne man nicht nur über Mehreinnahmen des Landes abbauen, meinte er. Höhere Steuern wirkten sich negativ auf das wirtschaftliche Wachstum aus. Notwendig seien also weniger Ausgaben, möglicherweise auch beim Personal. Für weitere Einzelheiten sei eine detaillierte Analyse der Ausgabenstruktur des Landes notwendig, so Brügelmann und betonte an die Abgeordneten gerichtet: „Am Ende bleibt die Verantwortung für die politisch unangenehmen Entscheidungen bei Ihnen.“

Ähnlich argumentierte Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitut Essen. Aus seiner Sicht wäre allerdings schon viel geholfen, wenn der Ausgabenzuwachs gedrosselt werden könnte. Die Hoffnung, den Landeshaushalt durch höhere Steuereinnahmen in den kommenden Jahren sanieren zu können, lehnte er als „nicht redlich“ ab. Notwendig sei auch, dass geplante oder bereits durchgeführte Maßnahmen wie die weggefallenen Studiengebühren oder das beitragsfreie Kindergartenjahr durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert würden.

Ein „unvertretbar hohes Maß an Finanzierung auf Pump“ kritisierte denn auch Heinz Wirz vom Bund der Steuerzahler. Bei den aktuellen erheblichen Steuermehreinnahmen und sinkenden Zinsen hätte sich die im Etatentwurf ausgewiesene Nettoneuverschuldung merklich verringern lassen, meinte er. Es sei nicht selbstverständlich, dass die Steuereinnahmen auch in den kommenden Jahren weiter anstiegen. Außerdem habe das Land mögliche höhere Ausgaben durch steigende Zinsen, verbleibende Risiken der WestLB sowie kommende Pensionslasten bislang nicht einkalkuliert. Als verfassungsrechtlich bedenklich wertete Wirz das Sparen über sogenannte globale Minderausgaben, also durch alleinige Entscheidungen der Regierung ohne Beteiligung des Parlaments.

ctw

### Ermittlung der Finanzausgleichsmasse

Aus dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Haushaltsjahr 2012, Steuerverbund, Paragraph 2, Ermittlung der Finanzausgleichsmasse: „Das Land stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 23 Prozent (Verbundsatz) seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftssteuern) zur Verfügung. Ferner beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe des Verbundsatzes an vier Siebteln seiner Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer. Der Verbundsatz enthält 1,17 Prozentpunkte zur vorläufigen pauschalen Abgeltung von Ausgleichsansprüchen aus der Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes aus der Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2012.“

# Im Interview: Landtagsvizepräsident Eckhard Uhlenberg



**Herr Uhlenberg, 16 Bundesländer, 16 Landtage, 16 Landesregierungen – wozu brauchen wir das?**

Ich glaube, dass wir in Deutschland mit der föderalistischen Struktur gut gefahren sind. Das zeigt der Vergleich mit anderen europäischen Ländern, die eher zentralistisch organisiert sind. Aufgabe der Politik ist es, gleiche Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet herzustellen. Das geht mit einem Mittelbau, also den Ländern zwischen der nationalen Regierung und den Kommunen, sehr viel besser. Die Landespolitik ist viel näher vor Ort als die Bundespolitik.

**Wäre ein Zentralstaat wie in Frankreich nicht billiger?**

Nein, was heißt hier auch billiger? Das kann man nicht in Euro und Cent messen. Im Zentralstaat besteht die große Gefahr, dass manche Regionen, vor allem ländliche Räume, vernachlässigt werden. Das ist am Ende nicht billiger als unser System, sondern teurer.

**Was ist in Ihren Augen das Besondere an Nordrhein-Westfalen?**

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit unterschiedlichen Strukturen und unterschiedlichen Mentalitäten. Wir haben im Kernbereich das Ruhrgebiet mit über fünf Millionen Menschen, der größte Ballungsraum Europas, wir haben das Münsterland mit Münster als Zentrum, Ostwestfalen mit den Oberzentren Bielefeld und Paderborn, wir haben die jüngste europäische Region Südwestfalen, von der vor ein paar Jahren noch niemand gesprochen hat, und schließlich haben wir das Rheinland, das reicht vom Niederrhein bis Düsseldorf, Köln und Bonn. Diese Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, große Städte und ländliche Räume, das macht das Besondere aus.

**Und die harmonisieren auch?**

Im Großen und Ganzen harmonisieren die unterschiedlichen Landesteile und Regionen. Das gilt

natürlich nur, wenn Landesteile bei bestimmten Entscheidungen nicht vernachlässigt werden. Dann muss man sich schon mal deutlich zu Wort melden.

**Sie sind bekennender Westfale, was mögen Sie an den Rheinländern?**

Als Umweltminister habe ich viel mit Organisationen zusammengearbeitet, in denen die Landesteile eine große Rolle gespielt haben. Als Westfale bin ich immer gerne zu den Rheinländern gefahren. Die Menschen haben dort eine andere Mentalität, denen geht vieles leichter von der Hand. Die Westfalen sind etwas grundsätzlicher. Aber ich finde, dass sie sich gegenseitig bereichern. Das hat ja auch in den letzten Jahren dazu geführt, dass es immer mehr nordrhein-westfälische Organisationen gibt und nicht Organisationen der einzelnen Landesteile.

**Welche Eigenschaft schätzen Sie an Ihren westfälischen Landsleuten weniger?**

Da fallen mir keine ein.

**Herr Uhlenberg, Sie waren in Ihrer langen landespolitischen Karriere Mitglied der CDU-Fraktionsführung, Mitglied der Landesregierung, Präsident des Landtags und jetzt Vizepräsident – welche Aufgabe hat Ihnen am meisten Spaß gemacht?**

Das politisch wichtigste Amt war die Aufgabe des Umwelt- und Landwirtschaftsministers. In dieser Rolle kann man am meisten gestalten, das habe ich auch fünf Jahre sehr gern getan und hätte es gerne länger gemacht. Als ich dann zum Landtagspräsidenten gewählt wurde, habe ich das nicht als Abstieg angesehen, schließlich ist vom Protokoll her der Landtagspräsident die Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen. Aber natürlich war es eine große Enttäuschung, als wir 2010 nach fünf Jahren nicht wiedergewählt wurden.

**Was sagen Sie jungen Leuten, warum sie sich für Landespolitik interessieren sollen?**

Ich sage ihnen eher allgemein, sie sollen sich für Politik interessieren, sie sollen sich möglichst engagieren in den Jugendorganisationen der Parteien. Wenn ich Schulklassen besuche, sage ich immer zum Schluss, wenn wir unsere parlamentarische Demokratie behalten wollen, wenn wir sie nicht rechten oder linken Extremisten überlassen wollen, dann ist das politische Engagement der Bürger notwendig. Ich rate ihnen nicht, sich jetzt speziell für Landespolitik zu interessieren. Sie sollen sich die Politik ansehen, sie sollen sich die Parteien ansehen, alles andere kann sich daraus ergeben. Wenn Sie sich die Landtagsabgeordneten angucken, dann sind das meistens Leute, die ihre ersten politischen

Erfahrungen in der Kommunalpolitik gemacht haben.

**Ihnen liegt besonders die Schaffung eines „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ am Herzen. Wozu brauchen wir das?**

Wir brauchen dieses Haus dringend, weil wir den Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen weiter stärken können und sollen, weil wir Vorurteile abbauen können. Der Landtag hat in jedem Jahr über 70.000 Besucher, darunter viele Schulklassen. Ihnen können wir in einem solchen Haus die 66-jährige Geschichte des Landes präsentieren, und wir können ihre Identifikation mit ihrem Heimatland stärken. In diesem Haus könnten wichtige Debatten für die Landesgeschichte, etwa über den Strukturwandel im Ruhrgebiet, wichtige Entscheidungen der Landespolitik, aufgearbeitet und wiedergegeben werden. Der Abstand zu den Gründerjahren wird immer größer, die Menschen haben nur wenig Gelegenheit, sich über wichtige Etappen der Landesgeschichte zu informieren. Deshalb wäre ein solches Haus eine sehr gute Ergänzung der jetzigen Öffentlichkeitsarbeit.

**Wie realistisch ist Ihr Vorhaben?**

Als Landtagspräsident habe ich dieses Thema aufgegriffen. Wir haben eine Reihe von Fachgesprächen geführt, mit Experten, mit den Landtagsfraktionen, mit Ministerpräsidentin Kraft. Das Echo war durchgehend positiv. Als Erster Vizepräsident werde ich dieses Thema in den nächsten Wochen im Präsidium des Landtags wieder ansprechen und dann werden wir sehen, wie es weitergeht. *Das Interview führte Peter Jansen*

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Marc Herter (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Lutz Lienenkämper (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrud Beer (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Christof Rasche (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Monika Pieper (PIRATEN), Parlamentarische Geschäftsführerin; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Pressesprecherin; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Ingo Schneider (PIRATEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

## Geburtstage

7. bis 27. November

7.11. Neumann, Josef (SPD)	52
8.11. Asch, Andrea Ursula (GRÜNE)	53
14.11. Brand, Simone (PIRATEN)	45
15.11. Ünal, Arif (GRÜNE)	59
19.11. Schulze Föcking, Christina (CDU)	36
21.11. Golland, Gregor (CDU)	38
22.11. Schäffer, Verena (GRÜNE)	26
23.11. Müller-Witt, Elisabeth (SPD)	59
26.11. Blask, Inge (SPD)	53

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

13.11. Nüchel, Heinz-Josef (CDU)	80
13.11. Thiede, Dietrich (CDU)	75

## Verstorben

26.10. Wolfgang Drese (SPD, geb. 20.08.1943)  
MdL 31.05.1990 – 02.06.2005

## Tag der Medienkompetenz NRW

26. November 2012 – Der Landtag öffnet sich für die Förderung des Dialogs zwischen Abgeordneten, Einrichtungen der Medienbildung sowie Bürgerinnen und Bürgern. Eine Anmeldung ist erforderlich und über die Website [www.tagdermedienkompetenz.de](http://www.tagdermedienkompetenz.de) erreichbar.

## Besuch des Bundespräsidenten

26. November 2012 – Bundespräsident Joachim Gauck besucht den Landtag. Auf dem Programm steht die Eintragung in das Gästebuch des Landtags sowie ein Treffen mit dem Präsidium.

## Treffen & Termine

7. bis 23.11.2012 Ausstellung „20 Jahre EU-Förderprogramm LIFE in NRW“

9. bis 23.11.2012 Ausstellung „Heimatsucher – Schoah-Überlebende in Israel heute“

21.11.2012 Lesung im Landtag: Ilija Trojanow liest aus seinem Roman „EisTau“

27.11. bis 20.12.2012 Ausstellung „Im Dienste der Menschheit“

27. bis 30.11.2012 Ausstellung „menschlich. Bethel“

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 8. November 2012 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Wer hat's erfunden?

Diese mittlerweile schon fast geflügelte Redewendung konnte sich auch der Schweizer Botschafter Tim Guldemann (Foto: 2.v.r.) nicht verkneifen, als es um das Thema „Schuldenbremse“ ging. In einer Diskussion mit Nordrhein-Westfalens Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (2.v.l.), dem CDU-Politiker Friedrich Merz (l.) und dem Publizisten Thomas Held (r.) verteidigte Guldemann das geplante Steuerabkommen zwischen Deutschland und seinem Land. Zuvor hatten Walter-Borjans und Merz die gegenwärtige Schuldenkrise erörtert und sich über die Zukunft des Euro ausgetauscht. Alle Diskutanten erwiesen sich als „Partner im Dialog“. Zu der Veranstaltung diesen Namens hatten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und das Schweizer Generalkonsulat in das nordrhein-westfälische Parlamentsgebäude am Rhein eingeladen.

Fotos: Schälte

